

AM RANDE DER GESELLSCHAFT

VON HAUCK & BAUER



Wie hoch halten wir die Flagge der Ukraine noch? Dieses Foto entstand im Juni 2022 während einer Solidaritätsdemonstration, organisiert von Vitsche Berlin.

Foto Omer Messinger

Bröckelt unsere Solidarität?

Max Fluder und Eva Schläfer über die Erfahrungen deutscher Gastgeber mit ukrainischen Mitbewohnern – und der Bürokratie.

Im März und April lag über ganz Deutschland ein blau-gelber Schleier der Hilfsbereitschaft. Überall erzählten sich Menschen davon, wer aus dem Freundeskreis Geflüchtete bei sich aufgenommen, welche Kinderkleidung man wo vorbeigebracht hatte und dass im Konzerthaus vor der eigentlichen Vorstellung die ukrainische Nationalhymne gespielt worden war. Eine Freundin sagte damals: „Wir machen aus Sorge Fürsorge.“

Im August 2022 scheint sich die Fürsorge langsam aufzubrechen. Sorgen haben wir weiterhin. Die drängendste scheint bei vielen aber nicht mehr zu sein, ob Putin seine Krallen noch weiter ausstreckt, gar weiter Richtung Westen. Sondern die, wie teuer alles wird. Und ob sich die Energiekrise zu einer veritablen Wirtschaftskrise auswächst. Bröckelt unsere Solidarität?

Julia Kroß sagt: „Ich nehme wahr, dass die Hilfsbereitschaft zurückgeht.“ Die Hamburgerin hat sich gleich von Kriegsbeginn an für die Geflüchteten engagiert und die Entwicklung der Lage deshalb eng verfolgt. Habe sie in der Anfangszeit einen Aufruf bei Ebay-Kleinanzeigen geschaltet, seien ihr keine halbe Stunde später aus der Nachbarschaft Fahrräder und Bettdecken gebracht worden. Nun sehe sie auf Facebook-Seiten immer häufiger Kommentare wie: Warum bekommen die Ukrainer alles geschenkt?

„Gerade auf Social Media gibt es immer die drei Vollpfosten, die Kommentare schreiben, die es nicht braucht“, sagt Marina Lessig von dem Verein „Münchener Freiwillige“, der in der bayerischen Landeshauptstadt spontanes ehrenamtliches Engagement unterstützt. Von Neid auf die Ukrainer könne allerdings keine Rede sein. Was aber auch Lessig bemerkt: „Die Anpack-Bereitschaft ist zurückgegangen.“ Nach völligen Ausnahmesituationen wie im Frühjahr sei das durchaus normal.

Julia Kroß erzählt am Telefon von den vergangenen fünf Monaten. Seit ein paar Wochen wohnen die selbständige Interimsmanagerin und ihr Mann wieder allein in ihrem 150-Quadratmeter-Haus in Hamburg. Statt wie an vielen Abenden zu neunt sitzen sie nun nur noch zu zweit am Esstisch. Ein Gästezimmer mit eige-

nem Bad sowie ein nicht wirklich ausgebautem Dachgeschoss mit starken Schrägen haben sie monatelang Geflüchteten zur Verfügung gestellt. „Ich habe nicht nachgedacht, ich habe einfach gemacht“, sagt Kroß über die Anfangszeit.

Viele Menschen in Deutschland handelten ähnlich. Bis 9. August wurden 934 863 Ukrainer im deutschen Ausländerzentralregister registriert. Weil für die EU kein Visum nötig ist, könnte die tatsächliche Zahl der Schutzsuchenden höher liegen. Aber auch, wie viele wieder ausgeweiht sind, zählt keiner. Ein Großteil der Menschen jedenfalls scheint zunächst privat untergekommen zu sein: Laut einer Befragung des Bundesinnenministeriums wohnten Ende März etwa ein Viertel der Geflüchteten bei Freunden, 22 Prozent in einer sonstigen Privatwohnung und 19 Prozent bei Verwandten.

„Man packt an, weil der Staat nicht in der Lage ist, das sofort zu übernehmen. Mit der Hoffnung, dass dann aber der Staat irgendwann in der Lage sein wird“, sagt Marina Lessig von den „Münchener Freiwilligen“. Während am Berliner Hauptbahnhof die Züge aus Polen eintrafen, kamen in der bayerischen Landeshauptstadt viele ukrainische Familien an, die den Weg über die Slowakei und Österreich gewählt hatten. Bis zu 20 000 Menschen aus der Ukraine waren es Mitte März, mittlerweile sind es noch 7100. 10 000 haben die „Münchener Freiwilligen“ temporär untergebracht – und das im Großraum München, wo Wohnraum noch knapper ist als anderswo.

Wenn Gastgeber 160 Tage nach Kriegsbeginn von ihren Erfahrungen berichten, sind viele davon positiv. Kroß zum Beispiel erzählt von gemeinsamen Abendessen, doppeltem Osterfest, der Freude über den Start der Deutschkurse und dem Besuch eines Auftritts des Kiewer Balletts, das bei seinen Hamburger Kollegen untergekommen war. „Es war aber auch anstrengend“, sagt Kroß und fügt, für ihre temperamentvolle Art eher vorsichtig, an: „Manche können besser Rücksicht nehmen als andere.“

Es ist nicht verwunderlich, es ist sogar sehr menschlich, dass bei der Aufnahme fremder Personen früher oder später Herausforderungen, gar Enttäuschun-

gen auftreten. Alle, die im Umgang mit ihren Gästen an Hürden gestoßen sind, wollen für diesen Artikel nur anonym erzählen. Wirklich alle betonen, dass das, was sie gestört hat, nichts mit der Nationalität ihrer Gäste zu tun hatte.

In Würzen bei Leipzig musste eine Familie, die Mutter und Kind aufgenommen hatten, das Zimmer der beiden nach deren unangekündigter Abreise renovieren. Im Rhein-Main-Gebiet stellte ein Familienvater die Wohnung zur Verfügung, aus der seine betagte Mutter kurz zuvor in ein Pflegeheim gezogen war, ein Dreiergespann aus Oma, Tochter und Enkeltochter zog ein. Beide Male, als er und seine Frau persönliche Dinge aus der Wohnung holen wollten und baten, in dieser Zeit allein sein zu können, entsprachen die Gäste dem Wunsch nicht. In Berlin kollidierten die Erziehungsmaßnahmen zweier Mütter; das kleine Mädchen aus der Ukraine war der deutschen Spielgefährtin bei Handynutzung und Süßigkeitenverzehr um Längen voraus – und ihre Mutter nicht wirklich verständnisvoll dafür, dass das so bleiben sollte. In Stuttgart brachte eine Frau, die mit ihrem Sohn in eine Einliegerwohnung in einem schicken Bungalow im Westen der Stadt einzog, im Laufe der Wochen dort weitere Menschen unter – ohne Absprache. In Düsseldorf stellte ein Paar eine Wohnung, die bis vor Kurzem als Büro genutzt worden war, zwei Frauen und ihren Teenager-Kindern zur Verfügung. In der Wohnung gab es keine Waschmaschine. Die Eigentümer baten, einen Waschsalon zu nutzen. Die Neubewohner jedoch beschafften sich eine Waschmaschine – die falsch angeschlossen wurde.

Kleine Nickeligkeiten im Alltag, könnte man zusammenfassen. Bei der Düsseldorferin schwingt das Erlebte jedoch nach. Sie war erst verärgert, dann enttäuscht. „Ich hätte mir mehr Ehrlichkeit gewünscht“, sagt sie. „Wir haben explizit gesagt, dass es keine Waschmaschine gibt und wir auch keine anschaffen wollen, weil wir die Fläche danach wieder als Büro vermieten werden.“ Sie hätte erwartet, dass die Gäste das akzeptieren. Bleiben dürfen diese trotzdem. „Wir haben die Wohnung bis Ende Januar zugesagt, daran halten wir uns.“

Klar, sagt Marina Lessig, auch bei den „Münchener Freiwilligen“ hätten sich regelmäßig Leute gemeldet, die Ukrainer aufgenommen hatten und bei denen es nun knirschte. Wegen der Sprachbarriere, unterschiedlicher Erziehungsvorstellungen, unangekündigten Besuchs. Gezählt habe man die Fälle nicht.

Wenn Ehrenamtliche Aufgaben, waren lange Telefonate mit dem Verein die Folge. Was die ehemaligen Gastgeber einte: Schuldgefühle. Zu Unrecht, sagt Lessig. „Ich habe denen dann am Hörer erklärt, dass sie sich nicht schuldig fühlen brauchen.“ Denn eine ehrenamtliche Gastgeberrolle könne, egal wie bereichernd, kräftezehrend sein. Lessig weiß von Fällen, in denen ein städtisches Mediations-Team hinzugebeten wurde und versuchte, Konflikte aus dem Weg zu räumen. Oft gelinge so etwas. Oft sähen beide Seiten ein, dass alle Beteiligten gerade eine Ausnahmesituation durchlebten.

Wenig Nachsicht haben deutsche Gastgeber hingegen mit den Ämtern. Die meisten, die es zu ihrer Aufgabe gemacht haben, sich bei Behördengängen und -kommunikation einzubringen, kamen früher oder später an den Punkt des großen Kopfschüttelns. Ein Familienvater aus Dreieich bei Darmstadt, in dessen Mehrfamilienhaus eine Wohnung freistand, nahm Großmutter, Tochter, Enkeltochter auf. Er erlebte, dass nicht klar geregelt ist, wer für welche Leistung zuständig ist. Das Ausländeramt verwies an das Kreisamt, das wiederum an Sozialamt. Für das Chaos zu Beginn hatte er noch Verständnis: „Wenn wir das ganz einfach bewältigt bekommen hätten, würde es ja bedeuten, dass die Beamten zu normalen Zeiten nur rumsitzen.“ Warum deutsche Behörden aber mit Formularen arbeiten, die noch nicht mal für Muttersprachler zu verstehen sind, will ihm nicht in den Kopf. Speziell der Antrag auf Grundsicherung: viele, viele Seiten, und bei manchen Punkten sei er sich bis zum Schluss nicht sicher gewesen, ob sie sie richtig ausgefüllt hätten.

Die Kritik von Julia Kroß aus Hamburg geht weit darüber hinaus. Sie fühlte sich von den Behörden mitunter im Regen stehen gelassen. „Die verlassen sich darauf, dass es die Privaten wuppen, da es von offizieller Stelle keinerlei

Betreuung gibt, um Geflüchtete durch den deutschen Bürokratiendschungel zu führen. Privathaushalte oder gemeinnützige Stellen leisten den Bärenanteil – nicht der Staat.“ Auch sie und ihr Mann hätten von offizieller Seite keinerlei Unterstützung erfahren. Die Kosten für den Einkauf von zusätzlichen Lebensmitteln, den höheren Strom- und Wasserverbrauch hätten allein sie getragen.

Aktuell ärgert sie sich über die Auskünfte, die Geflüchtete zum Thema Arbeitssuche erhalten. Kroß sagt: „Alle, die bei uns waren, kamen mit der Aussage vom Amt zurück, dass es sich ja nicht lohnen würde zu arbeiten. Nach dem Motto, dass sie von einem 450 Euro-Job ja nur 150 Euro behalten dürften. Wir haben immer wieder vorgerechnet, dass sie am Ende gut 550 Euro hätten und damit mehr als jeder Minijobber.“ Aber der Satz, dass es sich nicht lohnen würde, bleibe natürlich hängen, wenn er bei einer Behörde geäußert werde und sich innerhalb der Community verbreite.

Tatsächlich haben von rund 267 000 geflüchteten Ukrainern im erwerbsfähigen Alter nach einer groben Schätzung der Bundesagentur für Arbeit seit Beginn des Krieges nur etwa 12 000 eine Stelle angetreten. Nach Kroß' Erfahrung hängt viel auch davon ab, an welchen Sachbearbeiter Betroffene gerieten. „Zwei haben sehr nette Betreuer im Jobcenter, bei einer anderen ist es komplizierter. Sie soll Zeugnisse vorweisen, die sie aus ihrer bombardierten Wohnung aber nicht mitgenommen hat.“

Da sind informelle Netze oft hilfreicher: Marina Lessig erzählt von zwei jugendlichen Jungs, die mit ihrer Mutter in der Wohnung eines Münchner Unternehmers unterkamen, der nach seiner Scheidung ausgezogen war; die Teenager fangen nun in seinem Unternehmen eine Ausbildung an. Die ukrainischen Mitbewohner von Julia Kroß haben ihre neue Bleibe derweil über eine Freundin von Nachbarn gefunden, die bei einer Wohnungsgenossenschaft arbeitet. Der Kontakt ist geblieben. Die Münchnerin Lessig sagt: „Viele halten den Kontakt zueinander, dann trifft man sich auf einen Kaffee. Die Menschen verlieren sich nicht aus den Augen, sondern werden im besten Fall Freunde.“

